

Gewerkschaftliche Rundschau

Zeitschrift des Zentralverbandes der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen

Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften und des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Erscheint alle 14 Tage.

Durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Goldmark.
Anzeigen: Die dreispaltige mm-Zeile 0.15 Mark.

Hauptgeschäftsstelle Köln, Postfach 1000
Fernsprecher Amt 111 54 80
Redaktionschluss: Montag vor Erscheinen.



Rück- und Ausblick.

Wiederum ist ein Jahr in das Meer der Vergangenheit versunken. Wir stehen an der Schwelle des neuen Jahres. Rückwärtsblickend vorwärtsschauend wollen wir einmal untersuchen, was uns das alte Jahr gebracht hat, welche Wünsche und Forderungen es unerfüllt gelassen und welche Aufgaben uns das neue Jahr stellt.

Bereits zu Anfang des Jahres 1926 zeigten sich die ersten Anfänge einer Besserung der deutschen Wirtschaft. Der Reinigungsprozess, die Wiederausrichtung so vieler in der Inflationszeit gegründeter, aber höchst überflüssiger Handels- und Produktionsstätten war nahezu beendet. So be-
dauerlich dieser Reinigungsprozess für die durch die Stilllegung der Betriebe betroffenen Unternehmer und Arbeitnehmer auch war, es ging nicht an, alle diese Inflationsgründungen und auch viele alte Unternehmungen, die nicht die Kraft zu einer Umstellung auf die neuzeitigen Verhältnisse besaßen, weiter mitzuschleppen. Eine künstlich aufgeblähte Wirtschaft konnte sich nicht erholen. Die Zahl der Handels- und Produktionsstätten mußte wieder in ein richtiges Verhältnis zu der Menge der Produktion des Warenumsatzes und des zur Verfügung stehenden Betriebskapitals gebracht werden. Eine zu starke Verzettelung hätte die so notwendige

Zum Licht empor mit klarem Blick,
ein Vorwärts stets, nie ein Zurück,
ein frohes Hoffen, kühnes Streben,
und schnelles Handeln auch daneben —
dann hat das Dasein Zweck und Ziel,
wer Großes will, erreicht auch viel.

Umstellung der Betriebe

auf bessere und billigere Produktionsmethoden unmöglich gemacht. Das verfügbare Betriebskapital mußte daher in erster Linie jenen Unternehmungen zur Verfügung gestellt werden, die willens und auch in der Lage waren, diese Umstellung vorzunehmen. Hand in Hand mit der Ausschaltung der überflüssigen Betriebe ging dann auch die so notwendige Herabsetzung der Bankzinsen. Mit dem verbilligten Betriebskapital wurde die Voraussetzung für die Rationalisierung der Betriebe geschaffen. In dieser Anpassung der Betriebe liegt der größte Erfolg der deutschen Wirtschaft im vergangenen Jahre.

große Arbeitslosigkeit

Für die Arbeitnehmer zeigte diese an und für sich notwendige Umstellung eine recht dunkle Schattenseite, die dehnte sich weiter aus. Zeitweise stieg die Zahl der arbeitswilligen und arbeitsfähigen Volksgenossen, die keine Mög-

lichkeit sahen, ihr einziges Vermögen, ihre Arbeitskraft nutzbringend zu verwerten, auf über 2 Millionen. Die Ursachen hierfür sind ziemlich klar. Die durch den Krieg und Friedensvertrag zerrissenen Fäden der wirtschaftlichen Beziehungen der Nationen konnten nur langsam wieder geknüpft werden. Den durch die Rationalisierung erhöhten Produktionsmöglichkeiten stand keine genügende Absatzmöglichkeit der Produktion gegenüber. Zum Teil bedingt durch die Störung des Welthandels, zum Teil aber auch durch das Darniederliegen der Kaufkraft der breiten Volksmassen im Inlande. Eine verhältnismäßig kurze Zeit

kann eine Wirtschaft sich auf Kosten ihrer Arbeitnehmer erholen, kann durch schlechte Löhne und sonstige ungünstige Arbeitsverhältnisse die Neubildung von Kapital in den Händen der Unternehmer begünstigen. Nicht aber auf die Dauer. Insbesondere aber nicht in einem Staate wie Deutschland, wo rund 70% der gesamten Bevölkerung Lohn- oder Gehaltsempfänger sind. Vor wie nach ist die deutsche Wirtschaft mit 80 bis 90 Prozent ihrer Produktion auf den

Abatz im Inlande angewiesen.

Wird nun die Konsumkraft der breiten Volksmassen, entweder durch zu hohe Preise oder zu niedriges Einkommen dertart eingeschränkt, daß sie sich im Verbrauch mit dem Allernotwendigsten begnügen müssen, können die Folgen, Mangel an Absatz, künstliche Einschränkung der Produktion, Vergrößerung der Arbeitslosigkeit, nicht ausbleiben.

Hier haben wir den Kern des Übels, an dem im vergangenen Jahre noch die deutsche Wirtschaft zu leiden hatte. Nur ein geringer Teil der Unternehmer hat sich zu der Erkenntnis durchgerungen, daß der Aufstieg der Wirtschaft nicht mit den Auffassungen und Anschauungen der Vorkriegszeit in sozialen Fragen zu erreichen ist. Der größte Teil aber ist noch in den alten Anschauungen befangen und glaubt durch

schlechte Löhne

der Wirtschaft zu dienen. Ihnen gilt der eigene Geldbeutel mehr wie das Gedeihen der Wirtschaft und das Gesamtwohl. Wenn dann der Staat gezwungen ist, um die von der Wirtschaft Abgestoßenen notdürftig zu unterhalten,

helfenden Hände soll man fühlen. Wir unter uns und auch die anderen.

Als die Kämpferschar, die da weiß, daß durchhalten erste Voraussetzung ist, um vorwärts zu kommen, soll uns das neue Jahr grüßen. Kämpfen um Neuland, kämpfen aber auch um das, was wir erreicht haben, um es zu behalten. So grüßen wir das neue Jahr und so grüßt es uns.

Entproletarisierung. *)

Proletarier sind Massen, die materiell nichts haben und seelisch-kulturell nichts sind, deren Lebenshaltung äußerst niedrig, deren Einkommen höchst unsicher, deren Wille schwach, und deren Einsicht gering ist. Von den anderen Schichten werden sie verachtet, politisch sind sie entrechtet, für den Staat sind sie eine Last. Solche Massen hat es wohl immer in der Geschichte bei den einzelnen Völkern gegeben, freilich nach Umfang und in etwa auch nach Charakter verschieden.

Bei uns entstand im 19. Jahrhundert die Schicht der Lohnarbeiterschaft. Sie erreichte bald Millionenzahl. Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts und darüber hinaus war ihre Lage in wirtschaftlicher, sozialer, politischer und kultureller Beziehung so schlecht, daß man sie wohl im Hinblick auf den Durchschnitt als Proletarier bezeichnen konnte, wie es mit internationaler Wirkung im kommunistischen Manifest geschah; Proletarier aller Länder vereinigt euch!

Seitdem hat sich die Lage der Arbeiterschaft bedeutend zu ihren Gunsten verändert. Politisch ist sie gleichberechtigt, wirtschaftlich ist es wenigstens so weit, daß kein Mensch mehr im Ernst beispielsweise das „eherne Lohngeßetz“ zu vertreten wagt, kulturell hat sie sich sicherlich in den äußeren Formen und in der Verstandsbildung gehoben, gesellschaftlich steht sie noch weit zurück (die gesellschaftliche Stellung hängt mindestens ebenso sehr, wie die wirtschaftliche, von Machtentfaltung ab), wird aber immerhin weit höher gewertet, als noch vor einem Menschenalter.

Trotzdem: Die Bezeichnung „Proletarier“ ist geblieben. Nicht so sehr, weil es einen bestimmten sozialen Zustand kennzeichnet, weil stärker in ihm Millionen von Arbeitern die Sehnsucht nach dem Gegenteil sich Luft macht: Die Sehnsucht nach Entproletarisierung. Man will weiter hinaus aus der als proletarisch oder proletariatsähnlich empfundenen Lebens-, Gesellschafts- und Kulturlage.

Dieses Streben ist an sich nicht nur berechtigt, sondern auch wünschenswert. Aber es ist nur mit großer geistiger Anstrengung und unter materiellen Opfern zu erreichen.

Geistige Anstrengung! — Dazu gehört vor allem das Ringen um klare Erkenntnis der Ziele, die die Gewerkschaften wie die soziale Bewegung in ihrer Gesamtheit sich setzen. Dazu gehört zweitens die Stärkung des eigenen Willens, an diesen Zielsetzungen aktiv mitzuarbeiten; dazu gehört drittens das unablässige Bemühen, sich selbst und seine Umgebung innerlich zu vervollkommen im Sinne jener Bildung, die im letzten Jahrgange dieses Buches des näheren umschrieben wurde. Die Entproletarisierung der Seele fällt niemandem als Geschenk in den Schoß, auch wenn die Sozialisierung den Menschen alle jene Vorteile brächte, die ihre (allerdings sehr spärlich gewordenen) unbedingten Anhänger von ihr erwarten, so müßte dennoch die seelische Entproletarisierung, also die Entfaltung der Gestaltungskraft des inneren Lebens von jedem selbst vorgenommen werden, und zwar unter Mühen. Wer diese Mühen scheut, wer glaubt, sich im Handumdrehen „das bißgen Bildung“ aneignen zu können, „wenn er nur die nötigen Mittel dazu habe“, verkennt nicht nur das Wesen der Bildung, sondern sogar die geistige Schwierigkeit des Erwerbes von Wissen. Die beste Bildungsschule ist das Leben, und diese Schule steht jedem offen. Wer in den Lebenskreisen Familie, Betrieb, Nachbarschaft, Gemeinde, Staat fördernd wirkt, und dadurch auch selbst sich einsichtiger und tüchtiger macht, der entproletarisiert sich und seine Umgebung, mag er auch materiell nicht gut gestellt sein.

Neben dieser geistig-seelischen Entfaltung aus eigener Kraft (gewiß unter Benützung des von anderen bereits geleisteten) muß einhergehen die weitere materielle Entproletarisierung. Das Ziel muß sein, den Arbeitern soziale Entlastung an Schwere, Hast und Unsauberkeit, der Arbeit, ihm so viel tägliche freie Zeit und so viel Ferien zu geben, ihm ferner so viel Lohn zuzuwenden, daß er seine Kräfte nicht vorzeitig verbraucht, daß ihn der Charakter seiner Arbeit nicht herunterzieht, daß er sich körperlich erholen und geistig fortbilden, daß er sich hinlänglich Nahrung, Kleidung und Wohnraum beschaffen kann, und daß er darüber hinaus sich noch ein kleineres oder größeres Kapital ersparen kann. Dieses Ziel zu erreichen, ist freilich nur durch straffen gewerkschaftlichen Zusammenschluß, durch unmittelbare gewerkschaftliche Aktionen und durch mittelbare Einwirkung auf den Staat zwecks Erweiterung seiner sozialpolitischen Tätigkeit in dem genannten Ziele möglich. Wer die Entwicklung, die die deutsche Arbeiterschaft in den letzten vierzig Jahren genommen hat, kennt, muß an ihren weiteren Aufstieg glauben. Der Einwand, die Wirtschaft könne eine solche „Befastung“ nicht tragen, wird dadurch nicht richtiger, daß er seit dem erstmaligen Einsetzen der staatlichen Sozialpolitik und der gewerkschaftlichen Selbsthilfeaktionen bei jedem weiteren Schritte, der von diesen Seiten zur Befreiung der Arbeiterschaft getan wird, in alter oder neuer Singart wiederholt wird. Uebrigens gibt es, auf längere Sicht gesehen, ein gutes Merkmal dafür, was die Wirtschaft vertragen kann: der Luxus. Blüht er — bei fester Währung — bei den Besthenden, so ist die Wirtschaft noch tragfähiger; dabei darf freilich nicht vergessen werden, daß auch die großen Massen üblen Luxus (in ihrer Art) zum Schaden ihres Gesamtwohls treiben können. Erst dann, wenn bei durchschnittlicher materieller Lebensführung aller Beteiligten und voller Ausnützung der Arbeits- und Maschinenkräfte und bei Aufwendung aller Organisationskunst die Volkswirtschaft in notwendigen und nützlichen Dingen zusammenschumpft, ist das „Untragbar“ angebracht.

Ein anderer Einwand ist wichtiger: „Wer wird dann noch auf Arbeit gehen? Wem ist es dann noch gut genug?“ Nun, wenn dieser Einwand an sich zutreffend wäre, so hätte die bürgerliche Gesellschaft von heute recht, wenn sie sich mit allen möglichen Mitteln gegen eine weitere Förderung der Arbeiterschaft wehrt, es wären die Arbeiter eben deswegen noch Proletarier, weil sie nichts anderes sein wollen und sein können. Ihr Schrei nach Aufstieg wäre dann eben nur Geschrei. Und der weitere Aufstieg wäre dann tatsächlich nur unmöglich. Nichts aber gibt die Berechtigung, daß es so ist. Natürlich gibt es in der Arbeiterschaft viele Leute, die nur aus dem Zwange der Not arbeiten. Aber gibt es die im Bürgertum nicht? Oder gibt es deren heute in der Arbeiterschaft seit Einführung der Versicherung und der Arbeitslosenfürsorge sowie der Speisung der Hungernden auf öffentliche Kosten etwa mehr wie in früheren Jahrzehnten, wo man diese relative arbeitslose Sicherung der Existenz nicht kannte? Ach nein, bis auf einige wenige Hunderttausend von 22 Millionen wollen die Arbeitnehmer keine Nutznießer des Gleiches der anderen sein, das bewies ihre ganze Haltung, ihr Laufen nach Arbeit in der Krise 1925 und 1926. Und so werden sie auch noch arbeiten gehen, regelmäßig und pünktlich, wenn sie nichts Proletarisches mehr an sich haben, wie der Geschäftsmann, der Fabrikdirektor, der Lehrer, der Arzt, der Beamte, der Bauer. „Nicht mehr gut genug?“ Das kann doch nur so lange gelten, als zwischen seiner und der Lage der Bürgerlichen ein krasser materieller Unterschied ist. In dem Maße, wie dieser Unterschied verwischt wird durch bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, durch Kapitalbesitz und Erweiterung der Berufswahl für den Nachwuchs, in demselben Maße wird das gesellschaftliche Ansehen des Arbeiters steigen, in demselben Maße wird es bürgerlich werden, Arbeiter zu sein. Der Arbeiterbürger muß Bürgerarbeiter werden! Nicht nur politisch, nicht nur rechtlich, sondern auch gesellschaftlich muß er mit den anderen Schichten gleichgestellt sein. Er ist auf dem Wege dazu. Je höher er seinen Lohn treibt und je weiser er mit seinem Lohn umgeht, je mehr er auf sich hält und je besser er seinen Beruf erfüllt, desto eher emanzipiert er sich. Nicht-Nachlassen gewinnt!

*) Entnommen dem Jahrbuche 1927 der Christlichen Gewerkschaften.

Arbeit um Arbeit getauscht werden. Das Gold- und Silbergeld eines Landes ist begrenzt, und es würde der Tag kommen, wo es keines mehr abgeben könnte. Es könnte dann Waren gegen Waren tauschen oder der Handelsverkehr müsste eingestellt werden. Weil im allgemeinen nicht Waren Zug um Zug getauscht werden, hat sich da und dort die Meinung gebildet, als sei das Geld die Hauptsache im Handelsverkehr der verschiedenen Länder unter einander. Das Geld ist aber nur ein Mittel zum leichteren und rascheren Gütertausch. Niemand strebt oder verlangt nach Geld, um es dauernd aufzuheben sondern ganz allgemein wird es in der Absicht erworben, es zu einer gewissen Zeit für den persönlichen oder häuslichen oder staatlichen Bedarf wieder ausgeben zu können.

Die Ueberschätzung des Geldes und die falsche Einschätzung der Bedeutung der Ausfuhr mußte sich bald offenbaren. In England und auf dem Kontinent entstanden auch Wirtschaftspolitiker, die auf die einseitigen und falschen Lehren der Merkantilisten hinwiesen. Insbesondere war es der Franzose Quesnay, der die Mängel der merkantilistischen Lehre aufzuweisen versuchte. Er führte aus, daß Gewerbe und Handel nicht produktiv seien, sondern einzig und allein die Landwirtschaft. Der Ackerbau sei die einzige Quelle des Reichtums, denn er allein liefere über den Ertrag der Erzeugungskosten noch einen Ertrag (produit net), der den Volkereichtum vermehre. Handel und Industrie vermehrten die Stoffe nicht und lieferten daher nur abgeleitete Gewinne. Sie seien zwar nützlich, aber nicht produktiv. Der Gütertausch gelte am einfachsten zwischen den Güterherstellern und den Verbrauchern. Der Außenhandel sei ein notwendiges Uebel. Förderung verdiene nur die Landwirtschaft.

Wie die Merkantilisten die Bedeutung der Ausfuhr maßlos übertrieben, so überschätzte Quesnay den Ackerbau. Gewiß, die Landwirtschaft ist und muß die Grundlage der Volks- oder Weltwirtschaft sein. Wie aber soll die Bevölkerung beschäftigt werden, die in der Landwirtschaft nicht unterzubringen ist. Behreicht ist, daß eben Frankreich in der Hauptsache ein Landwirtschaft treibendes Land war und noch ist. Quesnay hatte also nicht so unrecht für sein Land, als er sich gegen die Züchtung des Ausfuhrhandels wehrte. Nur war seine Auffassung zu einseitig, denn das Gewerbe und der Handel schaffen ebenfalls neue Werte für ein Land, wenn sie den Bedürfnissen des Landes angepaßt sind.

Neben Quesnay ragt aus der physiokratischen Schule der Marquis d'Argenson hervor. Er war der erste Freihändler. Ihm schreibt man den Satz zu: „Laßt die Dinge gehen!“ Er meinte damit, daß die Wirtschaft besser gedeihe, wenn sich die Regierung möglichst wenig darin einmische. In sein Tagebuch schrieb er 1754: „Es ist sicher, daß nur die volle Freiheit Handel, Landwirtschaft und Sitten fördern kann“. Er trat dafür ein, daß alle Zollschranken fallen sollten und ein europäischer Zollverein in's Leben gerufen würde (also damals erkannte er schon den Widerfluß der künstlichen Abperrungen). Er verlangte die Pflege des inneren Marktes und einen gesunden inneren Handel.

England, das Handelsland der Welt, mußte in vielem anderer Meinung sein als die Merkantilisten und auch an den Lehren einiger Physiokraten hatte es manches auszusuchen. Einige seiner wirtschaftlichen Denker wandten sich vor allem

gegen die Abperrungsvorschriften der Länder, die mit England im Verkehr standen. Am wirksamsten tat dies (von den späteren Wirtschaftswissenschaftlern als „Klassiker“ bezeichnet) Adam Smith. In seinem berühmten gewordenen Werk über „Natur und Ursachen des Volkswohlstandes“ führte er aus, daß allein die Arbeit die Quelle des Volkswohlstandes sei. (Wir sehen, wie Smith den Stier sozusagen bei den Hörnern packt: Was heißt Außenhandel und Landwirtschaft? Nur durch Arbeit werden Güter geschaffen und aller Austausch ist Arbeit.) Aber nicht jede Art von Arbeit schafft Volkswohlstand, sondern nur die ertragreiche. Die Arbeitsteilung ist ein Mittel, Geschicklichkeit, Fertigkeit und Einsicht zu vermehren und die Ertragskraft zu steigern. Ein anderes Mittel ist der Wettbewerb, der zur Verbesserung drängt. Im Verkehr der Nationen untereinander sollen die Güter ohne Hemmungen ausgetauscht werden. Jedes Land solle das herstellen, was es billiger und besser als ein anderes herstellen könne, und diese Erzeugnisse mit einem anderen Lande tauschen, das etwas anderes billiger und besser herstellen könne. Dabei würden die beiden tausenden Nationen gewinnen. Von einem anderen Lande könne man am ehesten gewinnen, wenn es reich sei. „Ein Volk, das sich durch den auswärtigen Handel bereichern will, wird es sicherlich am wahrscheinlichsten tun, wenn seine Nachbarn sämtlich reich, gewerbetreibend und handeltreibende Völker sind“. — Die Lehren von Smith wirkten sehr anregend auf seine Zeitgenossen, die sich mit wirtschaftlichen Fragen beschäftigten, allerdings in der Praxis wurden sie zunächst nicht angewandt. Viele Jahre später aber wurde seine Lehre vom Freihandel in England verwirklicht.

Auf deutschem Boden trat Friedrich List einigen Lehren von Adam Smith entgegen. Er war wie Smith grundsätzlicher Freihändler, glaubte aber, daß für die junge Industrie ein Schutz Zoll zu seiner Zeit für Deutschland nötig gewesen wäre. Das Lehrreiche dabei ist, daß List erkannte, daß die Wirtschaftswissenschaft keine für alle Länder und für alle Zeiten unbedingt gültigen Lehren aufstellen kann. Smith sah zu seiner Zeit in der Hauptsache ganz richtig, was in England zur Förderung des Volkswohlstandes nötig sei; der Freihandel war es, der England zu empfehlen war, und der, als er eingeführt war, sich im großen ganzen darüber auch bewährte. Deutschland aber, das in den Anfängen einer größeren gewerblichen Entwicklung war, bedurfte des Schutzes seiner zarten Pflanzungen. Diese Einsicht sprach List etwa so aus: das deutsche Gewerbe sei vor der Uebermacht anderer Länder zu schützen, aber nur so lange, bis es wettbewerbsfähig sei. Der Schutz Zoll solle ein Erziehungszoll sein, also nur für eine bestimmte Zeit angewandt werden. Die Hauptaufmerksamkeit der Wirtschaftspolitiker aber solle auf die produktiven Kräfte eines Landes gelenkt werden. Denn Reichtum oder Volkswohlstand schaffen nur geschulte, lachkundige, arbeitsfähige und arbeitswillige Menschen. Arbeitsteilung und Wettbewerb spornen zwar sehr zum wirtschaftlichen Fortschritt an, aber doch nur dann, wenn die Menschen voller produktiver Kräfte sind. Es komme nicht darauf an, viele Güter herzustellen, sondern darauf, mehr zu verarbeiten als verbraucht werde. Eine Person könne arm sein, wenn sie aber die Kraft besitze, eine größere Menge von wertvollen Gegenständen zu schaffen, als sie verbrauche, so werde sie reich. Wüchsig hämmert dann List diese Sätze heraus: Die Kraft, Reichtümer zu schaffen,

Richtlinien

neuzeitlicher Gartengestaltung.

Von Bernhard Ritzschbaum, Obergehilfe, Köln.

Wenn wir erkennen, wie das künstlerische Empfinden einer Zeit sich erst in wechselseitiger Befruchtung innerhalb des Künstleriums entwickelt, dann vom Kunstgewerbe aufgegriffen und weiter entwickelt, und schließlich von der Volksgemeinschaft empfunden und zum Volksgut wird, um dann nach Erreichung der Höchsthöhe abgenutzt wieder einem neuen Zeitgeist zu weichen, so sehen wir uns gegenwärtig in dem Beginn einer solchen Epoche. Daß auch die Gartenkunst als Mittelglied zwischen bildender Kunst und Kunstgewerbe mit dem allgemeinen Zeitempfinden zusammenhängt, beweist am besten die Vergangenheit. Wie die Symbolik der Gotik die symbolischen Pflanzenformen im Burg- und Bauerngarten zu hegen anregt, so fordern später die Darstellungen der Niederländischer Meister mit ihren sanften Landschaften zur Nachahmung im „Enolischen Gartenstil“ heraus und so sucht der Gartenkünstler der Renaissance, der Wiedergeburtzeit des klassischen Altertums, den strengen Normen des ihm vorbildlichen Altertums im „Klassischen Gartenstil“ gerecht zu werden. Ähnlich läßt sich die Sachverbindung der Gartenkunst mit dem allgemeinen Kunstempfinden zu allen Zeiten nachweisen. Wer würde zum Beispiel den großen Einfluß der Werke Arnold Böcklins auf die Gartenkunst bezweifeln? Daraus solact aber die Forderung an den Gartengestalter, bewußt zeitstilgerecht zu arbeiten. Diese Aufgabe wird uns wesentlich erleichtert, wenn wir nach dem für die Kunst aller Zeit maßgebenden Satz handeln, daß die Natur die liebevollste Lehrmeisterin der Kunst ist und so die

Forderung der Zeit in Bildern der so mannigfaltigen Natur zu erkennen suchen.

Welches sind nun die Ideen der Gegenwart? So zersplittert auch die Gegenwartskunst dem oberflächlichen Beobachter erscheint, so treibt doch in ihr das gemeinsame Streben, die höchste Kraftentfaltung durch größte Einheitslichkeit zu erreichen. Das führt natürlich zum Weglassen alles Nebenmäßigen und Abtendenden. Die Anlage von Sondergärten zeigt, wie weit man in der Gartengestaltung schon diesem Zeitideal folgt. Tatsächlich finden wir auch in der freien Natur nicht diese groteske Anhäufung verschiedenster Pflanzenformen, wie sie z. B. im Bauerngarten üblich ist. Die Zusammenstellung der Pflanzen im Sondergarten, kann natürlich von den verschiedensten Gesichtspunkten aus geschehen. Wir können uns nach dem natürlichen Standorte der Pflanzen richten und pflanzen dann Alpen-, Moor-, Wiesen-, Wald- oder Wassergärten. Wir können uns auch auf eine Pflanzengattung beschränken und pflanzen dann nur Rosen, nur Dahlien, Akazien, Primeln oder anderes in verschiedenen Sorten. Ähnlich durch zeitlichen Blütenflor wirken die Flor- und Staudengärten, in denen nur in einer Jahreszeit blühendes zusammengestellt ist, z. B. Sommer- oder Herbstgärten. Sodann kann die Blütenform oder Farbe den Gartendazeller bestimmen, wir pflanzen dann Körbchen-, Dolden-, Lilien- ujm. Blühsengärten oder weiße, blaue, gelbe, rote ujm. Gärten. In den Farbgärten führe man aber nur Sorten in demselben Farbton, um volle Wirkung zu erzielen. Ähnlich kann man auf Blattform oder Farbe das Hauptgewicht legen: Blattgärten, immergrüne Gärten. Eigenartig würde z. B. ein nur mit graubehaarten Pflanzen gestalteter Garten anmuten; denken wir nur einmal an Veronica incana, die graublätterige Mannstreu, Verbascum paunosum, die wollige

rat einen gemeinsamen Zeitpunkt im Verordnungswege festzusetzen. Im Hinblick auf die gesetzliche einjährige Amtsdauer der Mitglieder der Betriebsvertretungen (§ 19 B.R.G.) konnte ich diesen Anträgen nicht entsprechen. In einer kürzlich abgewallenen Besprechung mit den in Berlin ansässigen Mitgliedern des Hauptbetriebsrats unter Hinzuziehung der an den Arbeiter- und Angestelltenarbeitsverträgen beteiligten Gewerkschaften ist jedoch vereinbart worden, daß etwa Anfang März 1927 Neuwahlen für sämtliche Betriebsvertretungen stattfinden sollen, deren Amtsdauer über den 15. März 1927 hinaus dauert, dem Hauptbetriebsrat gegenüber erklären, ihr Amt mit dem Amtsbeginn der neuzuwählenden Vertretungen spätestens jedoch zum 15. März 1927 niederzulegen. Neuwahlen sollen bis zu dem genannten Zeitpunkt nicht mehr stattfinden, Betriebsvertretungen, deren Amt in der Zwischenzeit durch Zeitablauf sich erledigen sollte, sollen bis zum Amtsbeginn der neuzuwählenden Vertretung längstens jedoch bis zum 1. April 1927 als anerkannt gelten.

Ich habe ausdrücklich zugesichert, daß diesen fortgesetzten Betriebsräten gegenüber in keinem Falle (z. B. bei Kündigung eines Mitgliedes seitens der Dienststelle) geltend gemacht werden würde, daß ihre Amtsdauer überschritten sei. Ich ersuche ergebenst, hiernach zu verfahren.

Unterschrift."

Neuregelung der laufenden Unterstützung im Bereiche der Heeres- und Marineverwaltung.

Nach einer Verfügung im „Heeresverordnungsblatt“ 1921, Seite 248/9, Nr. 385, haben nur noch diejenigen Arbeiter und Angestellten Anspruch auf laufende Unterstützungen aus dieser Klasse, soweit sie bis 30. Juni 1921 eingestellt waren. Die Unterstützungsstufe selbst untersteht seit einigen Jahren dem Reichsarbeitsministerium, wo die notwendigen Ausgaben für diese Klasse alljährlich im Etat eingestellt werden. Während früher diese Unterstützungen ganz verschiedenartig bemessen wurden, je nachdem die Arbeiter für würdig befunden wurden, hat das Arbeitsministerium vom 1. April 1926 ab eine Neuregelung dem Einkommen entsprechend und mit Steigerungslagen nach Dienstjahren vorgenommen, die im allgemeinen den Bestimmungen der Pensionskasse für die Arbeiter der Reichspostverwaltung entsprechen.

Wir lassen die neuen Bestimmungen folgen, nach denen die einmaligen und laufenden Unterstützungen gewährt werden:

1. Anspruch (ohne Rechtsanspruch) auf laufende und einmalige Unterstützungen haben im Bereiche der Heeresverwaltung grundsätzlich alle Arbeiter und Angestellten nach einer zehnjährigen Dienstzeit. Im Bereiche der Marineverwaltung gelten für die Arbeiter die gleichen Bestimmungen, für Angestellte jedoch nur, wenn sie aus dem Arbeitsverhältnis in das Angestelltenverhältnis übergeführt worden sind. Alle übrigen Angestellten haben demnach keinen Anspruch auf Unterstützungen.

2. Bei Feststellung der Dienstzeit wird im Bereiche der Heeresverwaltung die gesamte Militär- und Kriegsdienstzeit in Anrechnung gebracht. Im Bereiche der Marineverwaltung erfolgt neben Anrechnung der Kriegsdienstzeit die Anrechnung der Militärdienstzeit nur bis zur Höchstdauer von drei Jahren. Die Anrechnung der Kriegsdienstzeit erfolgt im allgemeinen nur dann, wenn der Arbeiter bei seiner Einberufung im Heer oder Marine beschäftigt war und nach seiner Entlassung das Arbeitsverhältnis wieder aufgenommen hat.

3. Bei Arbeitsunterbrechungen wird bei Wiedereinstellung die gesamte früher geleistete Dienstzeit, einschließlich Militär- und Kriegsdienstzeit, in Anrechnung gebracht, nicht aber die Zeit der tatsächlichen Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses. Voraussetzung für die Anrechnung ist, daß das Arbeitsverhältnis wegen Arbeitsmangel, Krankheit oder aus anderen Gründen gelöst wurde, die nicht auf Verschulden des Arbeiters zurückzuführen sind.

4. Arbeiter und Angestellte der früheren Heeresbetriebe, die der früheren Reichshauptverwaltung, seit den Reichsvermögenssämlern usw., unterstellt sind, haben gleichfalls Anspruch auf diese Unterstützungen. Soweit Arbeiter und Angestellte bei Auflösung der militärischen Betriebe bereits Invaliden oder Teilinvaliden waren und beim Ausscheiden statt Rentenantrag Abfindungssummen entgegengenommen, haben diese keinen Anspruch, es sei denn, daß sie den Nachweis erbringen, daß sie das Geld in Unwissenheit in Empfang genommen, oder von ihrer Dienststelle darüber nicht unterrichtet wurden. Wurden diese Arbeiter später wieder eingestellt, so erfolgt die volle Anrechnung der früher geleisteten Dienstzeit.

5. Einmalige Unterstützungen oder laufende Rente wird in jedem Fall erst nach zehnjähriger Dienstzeit gewährt. Bei laufender Rente ist volle Invalidität den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend für den Bezug der Invalidenrente nicht erforderlich. Voraussetzung ist lediglich Invalidität für den Heeresbetrieb.

6. Anträge auf laufende oder einmalige Unterstützungen sind von den Arbeitern oder Angestellten selbst an die Hilfsstellen zu richten. Die Verwaltungen im Heer und in der Marine haben Anweisung, den Arbeitern und Angestellten in solchen Fällen hilfreich zur Seite zu stehen. Es ist daher zweckmäßig, die Anträge durch die Dienststelle weiterzuleiten. Das letztere ist aber nicht unbedingt erforderlich.

7. Als Hilfsstellen, an die die Anträge zu richten sind, kommen in Frage: für die süddeutschen Länder Bayern, Württemberg und Baden: Das Hauptversorgungsammt in München; für das besetzte Gebiet: Das Versorgungsamt in Osnabrück; für Ostpreußen (ausschließlich Marine): Das Versorgungsamt in Königsberg; für den Gesamtbereich der Marineverwaltung: Das Versorgungsamt in Kiel; für sämtliche übrigen Heeresbetriebe: die Hilfsstelle für Arbeiter und Angestellte in Spandau, Zeugamt."

Die hier getroffene Regelung kann nur als Uebergangsbestimmung bis zur Schaffung einer Pensionskasse gedacht werden. Die Pensionskasse selbst, für die der Vorkäufer unseres Verbandes schon vor 20 Jahren kämpfte, wird in nicht allzu langer Zeit Tatsache werden. Allerdings sind die in Aussicht genommenen Bestimmungen über Leistung der Beiträge und Gewährung von Unterstützungen nicht annähernd so günstig, wie sie im Vorschlag der Denkschrift des Kriegsministeriums von 1913 vorgesehen war. Immerhin wird für die Reichsarbeiter durch Schaffung einer Versorgungskasse ein Rechtsanspruch geschaffen. Die Ausführungsbestimmungen und Rentenberechnung wurden bereits vor längerer Zeit unseren Vertrauensleuten und Betriebsräten in den Betrieben und Verwaltungen des Reichswehrministeriums zugesandt. An der Hand dieses Materials können die Kollegen selbst ersehen, welche Ansprüche für sie auf Grund der aufgestellten Tabellensätze in Frage kommen.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Tarifföhne sind unabdingbar.

Mit diesem grundlegenden Satz steht und fällt das ganze Tarifrecht. Wenn es in das Belieben des Arbeitgebers gestellt ist, Tarifföhne zu zahlen oder nicht, oder wenn er gar recht beläume bei Vorziehen eines Dritten, der als Auftraggeber sich an die Bestimmungen nicht lehre, so wäre das eine verhängnisvolle Rechtsunsicherheit, in der sich niemand mehr zurecht fände. Leider gibt es Gerichte, die diesen Bestrebungen mancherseits eingestellter Unternehmer Vorschub leisten. So wird jetzt ein Urteil des Landgerichts Osnabrück bekannt, das einer Aufhebung des § 1 der Tarifvertragsordnung gleichkommt, der bestimmt, daß vom Tarifvertrag abweichende Vereinbarungen nur wirksam sind, soweit sie zugelassen oder soweit sie eine Verringerung der Arbeitsbedingungen zugunsten des Arbeitnehmers enthalten.

Eine Osnabrücker Firma zahlte ihren Arbeitern einen untertariflichen Lohn mit der Begründung, daß sie die Arbeiter zu diesem Lohn von der Stadt übernommen habe, und daß die Stadt die Lohnhöhung nicht bewillige, so daß sie bei Tarifföhnen die Arbeiten nicht ausführen könnte und die Arbeiter entschaffen müßte. Dieser Begründung schloß sich das Landgericht Osnabrück an und entschied durch Urteil vom 11. Februar 1926, daß § 1 nicht dahin ausgelegt werden könnte, daß nur dann eine Abänderung des Tarifs zugunsten der Arbeitnehmer vorliege, wenn die Arbeiter durch die abweichende Vereinbarung in ihren Lohnverhältnissen besser gestellt werden. Es sei vielmehr unter besonderen Umständen eine Lohnvereinbarung unter dem Tarifflohn als zugunsten der Arbeitnehmer anzusehen, nämlich dann, wenn der Arbeitgeber beim Festhalten am Tarifflohn mit Verlust arbeiten würde, und daher gezwungen und entschlossen wäre, die Arbeit einzustellen.

Das ist in der Tat eine sehr merkwürdige Auslegung, die nur beweist, daß man bei entsprechendem „guten“ Willen alles, aber auch alles ins Gegenteil verkehren kann. Der böse Dritte, der nicht zahlen will, ist sehr leicht, ja immer, zu finden. Wenn also nach Ansicht des Gerichtes die tariflich vereinbarten Löhne nicht gezahlt zu werden brauchen, so ist der Tarifvertrag kein Vertrag mehr, sondern Willkür.

Es wird die höchste Zeit, daß dieser Unsicherheit im Tarifrecht durch die Verabschiedung des neuen Arbeitsrechtsgesetzes ein Ende gemacht wird.

Steigerung der Lebenshaltungskosten im Dezember.

Die Reichsmehrziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und sonstigen Bedarf) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats Dezember auf 144,8 gegen 143,6 im Vormonat. Sie hat sich somit um 0,7 v. H. erhöht.

Langsam aber sicher ziehen die Preise wieder an. Die Redensarten von der Verbilligung der Lebenshaltung werden immer wieder durch die Tatsachen Lügen gestraft.

